



Rülke: Erhöhung der Grunderwerbssteuer ist familienfeindlicher Akt

Junge Familien besonders betroffen - Zynismus von Kretschmann und Schmid - Zur Ankündigung von Ministerpräsident Kretschmann und Finanzminister Schmid, die Grunderwerbssteuer ab Oktober von 3,5 auf 5 Prozent zu erhöhen, sagte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Hans-Ulrich Rülke:

„Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer ist ein familienfeindlicher Akt. Sie trifft besonders junge Familien, die jetzt vor der Frage stehen, ob sie ihren Wunsch nach eigenen vier Wänden noch finanzieren können. Die Belehrungen der Herren Kretschmann und Schmid, dass sich junge Familien den Kauf einer Immobilie sowieso nur leisten könnten, wenn Mann und Frau arbeiten, und Familien mit Alleinverdiener, die Erhöhung ‚locker verkraften‘, sind zynisch. Denn sie werden den gänzlich unterschiedlichen Situationen in den Familien in keiner Weise gerecht. Auch die Investitionen in den Mietwohnungsbau werden durch die neue Bürgerregierung zum Nachteil von sozial Schwächeren erschwert.“